

Es war die größte Gesundheitsdemonstration, die es in Deutschland je gab: 130.000 Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger und andere Krankenhausangestellte protestierten am 25. September in Berlin und riefen der Politik entgegen: Es reicht! Etwa 1.500 von ihnen waren aus Hamburg gekommen. So groß waren Ärger und Frust über sich stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen einerseits und die Sorge um die Patienten andererseits. Bunt, laut und vor allem beeindruckend zahlreich machten die vielen Krankenhausmitarbeiter klar, dass die Patienten sich um ihre Behandlung durchaus Sorgen machen müssen, wenn die Politik nicht endlich und grundlegend einlenkt. Bundesärztekammer, Deutsche Krankenhausgesellschaft, ver.di, Deutscher Städtetag, Marburger Bund, Deutscher Beamtenbund und Tarifunion, Deutscher Pflegerat sowie



**Krankenhaus-Demo** 130.000 Mitarbeiter trugen ihren Unmut nach Berlin.

Von Sandra Wilsdorf

## Gemeinsame Wut

der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hatten gemeinsam das „Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser“ gebildet und mit dieser Einigkeit gezeigt, wie ernst die Lage ist.

### Gewaltige Vorleistung

Das machten auch die Redner am Brandenburger Tor klar. Dr. Frank Ulrich Montgomery sprach als Vizepräsident der Bundesärztekammer und Hamburger Kammerpräsident von der gewaltigen Vorleistung, die die Krankenhausmitarbeiter erbracht hätten: „Wir haben die Krankenhäuser sehr erfolgreich reorganisiert. 10 Prozent der Krankenhäuser sind geschlossen, 20 Prozent der Betten ab-

gebaut, die Verweildauer haben wir um über ein Drittel gesenkt und 17 Prozent Patienten mehr werden von uns jedes Jahr behandelt.“ Jedes Wirtschaftsunternehmen wäre auf solche Kennziffern stolz. „Aber wir dienen der Politik weiter als Sparschweine und müssen um jeden Cent kämpfen.“ Auch am neuen Gesetz für die Krankenhäuser ließ er kein gutes Haar: „Wir bekommen ein Gesetz, das weniger als die Hälfte der heute schon bekannten Tarifsteigerungen nachfinanziert und für die Zukunft keine Lösung anbietet. Ein Gesetz, das zwar neue Pflegestellen schaffen will, diese aber nur zu 70 Prozent finanziert. Das heißt doch: für drei neu eingestellte Pflegekräfte muss man zur Finanzierung der restlichen 30 Prozent einen angestellten Pfleger, eine Krankenschwester wieder entlassen.“

### Mogelpackung

Rudolf Kösters, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, kritisierte die von der Bundesregierung noch kurz vor der Demonstration für die Kliniken genehmigten 3,2 Milliarden Euro als „Mogelpackung“. Erstens habe man hineingerechnet, was den Kliniken gesetzlich ohnehin zustehe. Zweitens verkaufe man den vorgesehenen Wegfall des nicht zu rechtfertigenden Sanierungsbeitrages noch als großzügige Hilfe. Zwei Milliarden Euro seien den Kliniken in den vergangenen zwei Jahren entzogen worden. Bis Ende 2009 fehlten den Kliniken 6,7 Milliarden Euro. Mehr als ein Drittel seien von Insolvenz bedroht. Ver.di-Chef Frank Bsirske kündigte an, dass die Kampagne für eine bessere Finanzierung der Kliniken bis zum Bundestagswahlkampf 2009 weiterlaufen würde. „Die Schraube ist völlig überdreht“, warnte er. „Ich sage den Bundestagsabgeordneten: Jede Stimme zählt.“

Das Aktionsbündnis fordert von der Politik:

- Volle Refinanzierung der Tarifsteigerungen 2008 und 2009
- einen Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Schluss mit Nullrunden – Weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets
- Abbau des Investitionsstaus

Auch das Hamburger Aktionsbündnis „Qualität statt Spardiktat“ forderte die Politik auf, „ausreichende Finanzmittel für eine gesicherte Medizin im Krankenhaus bereit zu stellen. Gegen drohende Rationierung! Gegen eine Abkopplung der Krankenhäuser von der Spitzenmedizin und medizinischer Innovation! Für unsere Patientinnen und Patienten!“ Montgomery kündigte an: „Wir haben es nicht nötig, uns für Wohltaten zu bedanken, die nichts weiter sind, als die Rücknahme von Streichungen. Und seien Sie sicher: Wir sehen uns wieder.“

### Die Magie der 130.000

Mehr als die inhaltlichen Aussagen aller Redner sagt uns die Zahl 130.000: Bei unserem Protest gegen die marode Gesundheitspolitik von Angela Merkel und Ulla Schmidt handelt es sich nicht wie immer gerne schnodderig behauptet, um den „Aufstand der Funktionäre“. Das waren keine Funktionäre, das waren 130.000 geschuigelte Mitarbeiter, die da protestierten. Und ich bin mir sicher: wäre damals schon bekannt gewesen, mit welcher Leichtigkeit die Regierungen der EU und auch die Bundesregierung Hunderte von Milliarden Euro zur Beseitigung der Folgen ungezügelter Spekulation im Bankwesen zur Verfügung stellen, während der Gesundheitsbereich – allen voran niedergelassene Ärzte und die Krankenhäuser – um jeden Cent kämpfen muss, die Demo wäre noch größer, kräftiger, mächtiger geworden. Das macht wütend: Den Spekulanten wird das Geld zur Verdeckung ihrer Machenschaften und zur Konsolidierung ihrer Spekulationsgewinne nachgeworfen – an den Patienten und den sie betreuenden Mitarbeitern exekutiert man Rationierung.

Dr. Frank Ulrich Montgomery  
Präsident der Ärztekammer Hamburg

